



Herbstsemester 2011

Dienstag, 8. November, 18.15 Uhr,
Universität Zürich, Rämistrasse 71, KOH-B-10

Dr. h.c. Kaspar Villiger

Präsident des Verwaltungsrates, UBS AG, alt Bundesrat

Die Schweiz in Europa: Chancen und Risiken

I.

Ich habe für meinen heutigen Vortrag ein Thema gewählt, das erstens in den Herbstzyklus 2011 des SIAF passt und das mich zweitens seit Jahrzehnten beschäftigt. Ich gehe allerdings davon aus, dass Sie von mir auch einige Bemerkungen zur UBS erwarten. Ich will das hinter mich bringen und gleich damit beginnen.

Der Verlust von rund 2 Milliarden Franken, den ein krimineller Händler verursacht hat, enttäuscht nicht nur Kunden, Mitarbeitende und Öffentlichkeit. Er enttäuscht und schockiert auch mich. Es gibt dafür keine zureichende Entschuldigung. Wir haben wie kaum eine andere Bank in eine Kultur der Compliance, Risikobewusstheit und Kontrolle investiert. Dass diese Anstrengung in einem Bereich der Investmentbank offenbar noch nicht zum erhofften Resultat geführt hat, macht mich traurig und wütend. Wir werden aber nicht nachlassen, bis die neue Kultur in allen Bereichen unserer Bank verinnerlicht ist und die Unbelehrbaren das Feld geräumt haben.

Wie Sie wissen, hat Oswald Grübel die Verantwortung übernommen und ist per sofort zurückgetreten. Das ehrt ihn. Er hat sich der UBS zur Verfügung gestellt, als sie sich in einem nicht sehr stabilen Zustand befand, und er hat mit seinem Team Ausserordentliches erreicht. Dafür hat er grossen Dank verdient. Es ist nicht ganz einfach, nach dem brüsken Abgang eines dominanten Chefs innert Stunden eine Kon-

zernleitung unter einen neuen Chef zu vereinen. Ich bin aber beeindruckt, wie das Team unter Sergio Ermotti die Dinge anpackt und die angepasste Strategie des Verwaltungsrates vorantreibt.

Die leidigen Geschehnisse um den betrügerischen Trader haben uns beim Wiederaufbau der Reputation zurückgeworfen. Vor allem aber verdecken sie in der öffentlichen Wahrnehmung die enorme Stabilisierungsleistung, welche unsere Mitarbeitenden unter Grübels Taktstock erbracht haben. Darauf sind wir trotz allem nicht wenig stolz. Der Geldabfluss wurde gestoppt. Die Basel II Tier 1 Ratio erhöhte sich vom 1. Quartal 2009 bis zum 3. Quartal 2011 von 10.5 auf 18.4 Prozent. Die Bilanz der Gruppe wurde um 34 Prozent, die der Investmentbank um 41 Prozent verkürzt. Die Risiken wurden ebenfalls signifikant reduziert. Wir haben acht profitable Quartale hinter uns. Die Tatsache, dass der riesige Verlust die Stabilität der Bank nicht im geringsten beeinträchtigte, ist Zeichen der Stärke. Barclays hat eine Modellschätzung vorgenommen, wie viel Prozentpunkte hartes Kernkapital nach Basel 2.5 bei den europäischen Grossbanken nach der Wertberichtigung der Anleihen von Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien noch übrig bleibt. Wir haben die Schweizer Grossbanken eingereiht. 19 der 32 Banken brauchen neues Kapital, 13 übertreffen die vom EU-Gipfel geforderte Mindestgrenze von 9 Prozent. Die UBS ist mit der skandinavischen SEB an der Spitze. Auch die Altlasten sind weitgehend bereinigt. Der Bund verkaufte seine Beteiligung mit einem satten Gewinn. Das USA-Problem ist gelöst. Die SNB hat die sogenannten toxischen Papiere von fast 39 Milliarden Franken um vier Fünftel abgebaut und dürfte ebenfalls mit Gewinn abschliessen.

Verwaltungsrat und Konzernleitung haben in einem intensiven iterativen Prozess die angepasste Strategie entwickelt, deren Details nächstens vorgestellt werden. Ich glaube, dass unsere 23'000 Mitarbeitenden in der Schweiz ihre volkswirtschaftlich unverzichtbare Aufgabe mit Auszeichnung erfüllt haben. Nach wie vor sind wir einer der grössten Kreditgeber in der Schweiz. Natürlich fühlen wir uns von Teilen der Politik und der Medien ungerecht behandelt. Weil wir uns aber bewusst sind, dass wir

uns durch den unverzeihlichen Verlust selber in diese Lage manövriert haben, beklagen wir das nicht. Es gibt zum Wiederaufbau von Reputation nur einen Weg: Harte Arbeit! Wir begehen diesen Weg.

II.

Doch nun zum eigentlichen Thema: Die Schweiz ist höchst erfolgreich. Alle makroökonomischen Kennziffern sind im Vergleich noch immer hervorragend, wobei erste Gewitterwolken am Wirtschaftshorizont auch hier nicht zu übersehen sind.. Gäbe es weder Zeitungen, Internet noch Fernsehen, wüssten wir noch immer kaum, dass da draussen Krise herrscht. Trotzdem dreht die Politik seit Jahren im roten Krisenbereich. Die Menschen spüren, dass alles, was in dieser vernetzten Welt geschieht, irgendwie auch uns betrifft. Sie haben den Eindruck, das Geschehen im stets komplexeren Umfeld entziehe sich zunehmend ihrer politischen Einflussnahme. Besitzstände scheinen plötzlich gefährdet. Gewiss geht es uns noch blendend. Aber könnte nicht der Wirtschaftshistoriker Harold James recht haben, der unlängst in einem Interview sagte, ein kleines Land wie die Schweiz könne in einer instabilen Welt nicht das einzige stabile Land sein, ohne in grosse Gefahr zu geraten? Ängste kommen auf, und diese werden von politischen Kräften eifrig bewirtschaftet.

Tatsächlich hat man den Eindruck, eine altersschwache Weltordnung breche zusammen, ohne dass sich eine neue schon herauskristallisiert hätte, und die reichen westlichen Industriestaaten scheinen aus ihrer selbstverschuldeten Schuldenspirale nicht mehr herauszufinden. Irgendwie läuft alles schief. Wie also inmitten solchen Ungemachs glücklich bleiben?

III.

Zur Annäherung an eine Antwort auf diese Frage gehe ich von drei Thesen aus.

1. Die Menschen wollen Wohlstand.

2. Ein Land braucht eine Identität.
3. Ein Land will in der Welt geachtet sein.

Ich will diese Thesen gar nicht im Detail begründen. Sie sprechen für sich. Menschen in Armut sind nicht wirklich frei und können sich kaum, wie man so schön sagt, selbst verwirklichen. Menschen ohne Identität sind nirgends verankert und fühlen sich in einer Zeit der Ungewissheit macht- und schutzlos. Und wer in einer Welt, deren Probleme grossenteils nur noch gemeinsam gelöst werden können, nicht geachtet und nicht respektiert wird, der wird auch die eigenen Probleme nicht allein zu lösen vermögen.

Aus diesen drei Thesen ergeben sich drei Perspektiven, aus denen das Phänomen Schweiz betrachtet werden muss.

IV.

Ich fange mit der Identität an. Es ist für mich die wichtigste Perspektive. Karl Schmid hat in einem Essay die allgemeine Befassung mit dem Staat als ein Charakteristikum bezeichnet, welches die Schweiz von den anderen europäischen Kulturkreisen tiefgreifend unterscheidet. Während dort die Politik an eine besondere offenbar aufgeklärte *Classe politique* delegiert wird, tritt hier, um mit Gottfried Keller zu reden, der Bürger selber vor die Haustür und schaut zum Rechten. Diese Eigenart führt direkt von den Bürgerversammlungen der mittelalterlichen Talgenossenschaften über die Landsgemeinden zur halbdirekten Demokratie der Moderne, und sie findet Ausdruck im traditionellen Milizsystem, das trotz aller Anfechtungen unsere politische Landschaft noch prägt. Das sind nicht etwa überlebte Relikte vergangener Epochen. Der erwähnte Harold James sieht weltweit einen Drang nach mehr direkter Demokratie gemäss Schweizer Vorbild als Folge des verbreiteten Gefühls, die repräsentative Demokratie entpuppe sich zunehmend als dysfunktional. Und Bruno S. Frey weist nach, dass Menschen in direkten Demokratien glücklicher als in repräsentativen sind. Wer mitbestimmen kann, fühlt sich nicht völlig ausgeliefert. Die direkte Demokratie ist zu einem wichtigen Identitätsmerkmal der Schweiz geworden. Ein zweites ist der

ausgeprägte Föderalismus mit weitgehender Finanzautonomie der Kantone. Der Steuerwettbewerb erzwingt bei den Kantonen ein günstiges Preis- / Leistungsverhältnis wie bei einem Unternehmen. Die Autonomie für die Gestaltung des näheren regionalen Umfeldes gestattet die Erhaltung von Identität der regionalen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Die aus dieser Gestaltungsautonomie erwachsende Bürgernähe führt zu bedarfsgerechteren und günstiger erbrachten Leistungen des Gemeinwesens. Im Labor der Kantone entstehen Lösungen, die sich bei Bewährung verbreiten. Weil die Schweiz vom Kleinen zum Grösseren gewachsen ist und dem Grösseren jeweilen nur das Nötigste an Kompetenzen abgetreten hat, hat sich die Überzeugung verfestigt, gut und solid sei nur, was von unten gewachsen ist. Dem von oben Aufgepfropften wird mit grösstem Misstrauen begegnet.

Es ist kaum ein heterogeneres und mit mannigfachen Zentrifugalkräften belastetes Gemeinwesen als die Eidgenossenschaft denkbar. Dass sie eine äusserst stabile Nation, eine sogenannte Willensnation geworden ist, hat sie der direkten Volksmitsprache und dem Föderalismus zu verdanken. Dazu kommt ein drittes: Eine erstaunliche faktische Toleranz Minderheiten gegenüber. Pluralität ist der dritte Pfeiler unseres nationalen Soseins. Deshalb kann nicht alleiniges Schweizersein beanspruchen, wer diesen dritten Pfeiler mit Füßen tritt.

Das eigentlich Grossartige an dieser dreifach gestützten politischen Kultur ist die Tatsache, dass die Teilnahme daran nicht ethnisch definiert ist, sondern allen offensteht, die da wollen. So gehören die Browns, Boveris, Nestlés und Hayeks genau so zu unserem Erbe wie die Eschers oder Sulzers, um einige Wirtschaftsführer zu benennen. Oder nehmen Sie Nobelpreisträger: Hesse, Ruzicka, Prelog oder Pauli sind genau so "schweizerisch" wie Spitteler, Karrer, Ernst oder Wüthrich. Weil die Willensnation aber letztlich fragil ist, reagiert sie empfindlich auf echte oder vermeintliche Anfechtungen dieser drei Pfeiler. Das ist letztlich der psychologische Hintergrund unserer EU-Skepsis. Ich komme darauf zurück.

Wohlstand wird durch die Wirtschaft erarbeitet. Nur durch die Wirtschaft. Ohne leistungsfähige Wirtschaft gibt es weder Arbeitsplätze noch Sozialleistungen, Filmförderungsbeiträge, Lehrstühle für Soziologie oder AHV für Aussteiger. Über die Wichtigkeit des Wirtschaftlichen wird nur dort gelästert, wo Wohlstand so selbstverständlich geworden ist, dass man diesen elementaren Zusammenhang nicht mehr sieht. Die Erfahrung lehrt, dass nur Marktwirtschaft hinreichenden Wohlstand erarbeiten kann. Dazu braucht die Wirtschaft genügend Freiräume, damit die Märkte spielen können. Dabei wird die Macht der Unternehmen durch den Wettbewerb gebändigt. Ich habe allerdings immer auch die Meinung vertreten, dass die Marktwirtschaft einen zwar begrenzten, aber starken und glaubwürdigen Staat als ordnende Instanz braucht, beispielsweise nur schon zur Sicherung von Wettbewerb.

Deshalb ist die heiss diskutierte Frage müssig, ob die Politik oder die Wirtschaft das eigentliche Sagen hätten. Wo der Staat versagt, gibt es genau so wenig Wohlstand – siehe Griechenland! – wie dort, wo man der Wirtschaft nicht genügend Freiräume belässt. Aber der Standortwettbewerb setzt den Politikern Grenzen, und letztlich kommt dies den Bürgern zu Gute. Nach den notwendigen Stützungsmaßnahmen der Regierungen und Notenbanken während der sogenannten Subprime-Krise bekamen jene Kräfte Auftrieb, welche den Kapitalismus für schädlich und vermehrte Staatseingriffe für notwendig halten. Ich bin der Letzte, der legitimiert wäre, die gravierenden Fehler im Finanzsektor zu beschönigen. Schliesslich bin ich in den Verwaltungsrat der UBS gewählt worden, um solche Fehler ausbügeln zu helfen. Sie dürfen sich nicht wiederholen. Aber die eigentlichen Ursachen aller Krisen, angefangen von der lange zu lockeren US-Geldpolitik, der politisch getriebenen fahrlässigen US-Hauseigentumspolitik und der auf weite Strecken prozyklischen Regulierung bis zur unverantwortlichen Finanzpolitik fast aller Industriestaaten – dabei ist in den Märkten bisher erst die explizite und noch kaum die implizite Verschuldung eingespeist! – sind auf politisches Ungenügen zurückzuführen. Dabei darf ich glücklicherweise die Schweiz ausnehmen, mit Ausnahme allerdings des Sozialbereichs. Deshalb ist die Schuldzuweisung an die Marktwirtschaft verfehlt. Im Gegenteil: Wenn die gegen-

wärtige Krise nachhaltig überwunden werden soll, wird dies nur mit Marktkräften und nicht gegen diese gelingen. Marktwirtschaft ist nötiger denn je. Auch ich habe Reserven gegenüber der reinen Wallstreet-Mentalität. Trotzdem glaube ich, dass die dortigen Demonstranten vor den falschen Türen demonstrieren.

Wie konnte nun die Schweiz mit der Bevölkerungszahl einer mittleren chinesischen Grossstadt und ohne Meeranschluss und ohne Bodenschätze eine derartige Wirtschaftskraft entfalten? Wahrscheinlich ist es eine Kombination verschiedener positiver Faktoren, welche dieses Wunder ermöglicht hat. Ich will nur einige Stichworte geben: Hoher Bildungsstand, Fleiss und Zuverlässigkeit des Volkes; Sinn für Selbstverantwortung; gesundes Misstrauen Staatseingriffen gegenüber; loyale, nicht korrupte und verlässliche Verwaltung; liberale Wirtschaftsverfassung; dank Steuerwettbewerb vernünftige Steuern; Rechtssicherheit; gute Infrastruktur; Weltoffenheit. In jahrzehntelanger Aufbauarbeit haben Politik und Wirtschaft Standortbedingungen geschaffen, die unser Land in Standortratings seit Jahren in die Spitzengruppe bringen.

Ein kleines Land kann überdurchschnittlichen Wohlstand nur durch Austausch von Waren und Dienstleistungen mit dem Ausland erarbeiten. Etwas verkürzt könnte man sagen, dass die Schweiz ohne Globalisierung ein Entwicklungsland wäre. Die weltweiten Handelsliberalisierungen, die günstigen und schnellen Transporte, der freie Kapitalverkehr sowie die modernen Kommunikationstechnologien führen dazu, dass Produktionsstätten, Managementkapazität, Technologie und Kapital jederzeit dorthin verlagert werden können, wo man bessere Standortbedingungen vermutet. Irgendwelche patriotischen Bindungen von Unternehmen an Standorte verlieren an Bedeutung. Die Folgerung für die Schweiz ist einfach: Unser Wohlstand kann nur erhalten werden, wenn unsere Standortbedingungen bei den Besten sind, wenn wir genügend Marktzugang im Ausland haben, wenn es sich lohnt, hier zu investieren und wenn die Schweiz attraktiv für die besten Talente ist. Weil andere Länder das auch wissen, befinden wir uns in einem intensiven Standortwettbewerb. Weil Stand-

ortbedingungen anderer Länder sich stets verändern, ist Standortqualität ein bewegliches Ziel und Standortpolitik eine zentrale permanente staatliche Aufgabe. Ich will nur einige wichtige Standortfaktoren aufzählen: Zunächst natürlich politische und soziale Stabilität. Dann aber vernünftige Regelungsdichte; flexible Arbeitsmärkte; vernünftige Steuern; leistungsfähige Infrastruktur; gutes Bildungssystem; Berechenbarkeit und Stabilität der Politik; solid finanzierte wirksame Sozialwerke, welche die Wirtschaft nicht überlasten und den Leistungswillen nicht dämpfen; gute makroökonomische Rahmenbedingungen (gesunde Staatsfinanzen, stabile Währung etc.), wirtschaftsfreundliches Gesellschaftsrecht, Offenheit der Märkte; usw.

VI.

Die dritte These hat mit unserer Stellung in der Welt zu tun. Es kann uns nicht gleichgültig sein, was man im Ausland über uns denkt. Die Reaktionen etwa in den USA auf die Auseinandersetzungen um das Verhalten der Schweiz im Weltkrieg oder die Emotionen um die Bankgeheimnisfrage belegen dies. Gewiss, das Image der Schweiz bei den Völkern ist noch immer ausgezeichnet, bei den ausländischen Politikern hingegen eher weniger. In Krisensituationen spüren wir oft eine gewisse Einsamkeit, einen Mangel an Freunden. Ein Beispiel: Die Amerikaner wären bei der Weltkriegsfrage mit uns wohl anders umgegangen, wenn wir einer starken Staatengemeinschaft wie der EU angehört hätten. Je eigenständiger und unabhängiger wir sein wollen, desto wichtiger ist ein Verhalten, welches uns als konstruktives und solidarisches Mitglied der Völkergemeinschaft erscheinen lässt. So gesehen sind UNO Mitgliedschaft, Entwicklungshilfe, angemessene militärische Auslandseinsätze oder Solidaritätsbeiträge an neue EU-Mitglieder nicht einfach unnötige Geldverschwendung, sondern notwendige Wahrnehmung von Verantwortung bei der Lösung global wichtiger Probleme. Wir brauchen eine aktive, wenn auch nicht aktivistische Außenpolitik.

VII.

Zurzeit gibt es keine ernstzunehmende politische Kraft in der Schweiz, welche den EU-Beitritt anstrebt. Die Stimmung im Volk ist nicht beitriffsfreundlich. Trotzdem scheint es sich für die grösste Schweizer Partei politisch auszuzahlen, so zu tun, als strebten starke geheime Kräfte im Land den EU-Beitritt an und als ob dieser ohne den erbitterten Widerstand besagter Partei nicht verhindert werden könnte. Dass diese politische Spiegelfechtereie offenbar erfolgreich ist, belegt, dass der EU-Frage eine seltsame emotionale Bedeutung zukommt. Eigentlich ist das auf den ersten Blick unlogisch. Die Schweiz liegt im Zentrum Europas. Sie ist Teil dreier grosser europäischer Sprach- und Kulturräume und teilt die abendländischen Werte der Menschen in der EU. Sie ist wirtschaftlich eng mit der EU verzahnt, indem 59 Prozent ihrer Exporte in die EU fliessen und 79 Prozent ihrer Importe von dort kommen. Was läge näher, als den Schritt zur vollen Integration zu wagen!

Ich bin seit Jahren klar der Meinung, dass die Schweiz der EU nicht beitreten soll. Aber die hierzulande von gewissen politischen Kräften gepflegte systematische Verzerrung der EU zum Feindbild – die in der EU sehr wohl wahrgenommen wird! – halte ich für falsch, ungerecht und unverantwortlich. Politisch ist die EU trotz der gegenwärtigen Schuldenkrise ein eindrücklicher Erfolg. Angesichts der blutigen Geschichte des Kontinents und der entsetzlichen Erfahrung zweier Weltkriege entwickelten die Väter der Union das Konzept, Kriege in Europa durch zunehmende wirtschaftliche Verflechtung, durch die Errichtung supranationaler Strukturen, durch die Teilung nationaler Souveränitäten und durch die schrittweise Schaffung von gemeinsamem Recht ein für allemal zu verunmöglichen. Diese Idee wurde Schritt für Schritt erfolgreich umgesetzt. Die wirtschaftliche Integration war also nicht Ziel, sondern Mittel. In der ersten Stufe wurden die Erzfeinde Deutschland und Frankreich sowie die Gegner des zweiten Weltkrieges verbunden, und in der zweiten Stufe konnte mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder die Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang überwunden werden. Die Schaffung des grössten Binnenmarktes der westlichen Welt ist eine herausragende Leistung, und die politische Anziehungskraft der EU ist ungebrochen.

Ich beurteile die EU im Lichte der Zielsetzungen ihrer Gründer also als grossen Erfolg. Historische Gegner wurden versöhnt, Diktaturen wandelten sich friedlich in Demokratien, der durchschnittliche Wohlstand nahm zu. Nun ist jene Generation in der Verantwortung, für welche der Friede selbstverständlich geworden ist, und Fehler nationaler Finanz- und Wirtschaftspolitiken sowie ökonomische Konstruktionsfehler der Währungsunion haben die EU in ihre wohl gefährlichste Krise manövriert. Die eurokritischen politischen Kräfte bekommen Auftrieb. Nicht einmal ein Auseinanderbrechen der EU erscheint mehr als völlig undenkbar. Gerade für die Schweiz und ihre Stabilität wäre dies eine gefährliche Entwicklung. Ich glaube, dass sich die EU grundsätzliche Fragen zu ihren Strukturen und Anreizsystemen stellen muss, wenn sie im globalen Wettbewerb bestehen will. Ich werde darauf zurückkommen.

VIII.

Die enge kulturelle, politische, geographische und wirtschaftliche Verbundenheit der Schweiz mit den EU-Staaten darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zwischen der EU und der Schweiz Bereiche fundamentalen gegenseitigen Unverständnisses gibt. Es sind jene Bereiche, die für unsere Identität so wichtig sind und deshalb so tiefliegende Emotionen berühren.

Die Europäische Union ist ein von Eliten geschaffenes und gesteuertes Gemeinwesen. Nichts ist unserer Nation fremder, bei der die Überzeugung tief verwurzelt ist, nur das von unten Gewachsene und nicht das von oben Überstülpte habe Bestand, und nur die Souveränität des Volkes legitimierte politische Macht. Natürlich ist die EU auch demokratisch. Aber im Grunde empfindet sie den Einbezug des Volkes in die politische Entscheidungsfindung als lästig und unpraktikabel. Die unwirschen Reaktionen der politisch Verantwortlichen auf einige negative Volksentscheide ist hierzulande sorgfältig registriert worden. Wenn Finnland der EU beitrifft, wird Macht von

Helsinki nach Brüssel verlagert, im Falle der Schweiz mit der direkten Demokratie von jedem Bürger und jeder Bürgerin nach Brüssel. Auch das Argument, die Mitsprache in Brüssel kompensiere den Souveränitätsverlust, verfängt nicht. Zum einen würden Politprofis, denen man hierzulande sowieso nicht traut, in Brüssel die Schweiz vertreten, und zum anderen ist der Einfluss kleiner Länder ohnehin mehr als begrenzt, was auch meiner Erfahrung entspricht. Aber nicht nur die direkte Demokratie würde in ihrer Substanz signifikant geschwächt, sondern auf weite Strecken auch der Föderalismus. Damit würden zwei Pfeiler unserer Identität und damit unseres Zusammenhalts in einer Weise geschwächt, welche langfristig gar die Existenz der Willensnation aufs Spiel setzen könnte. Das politische Opfer eines Beitritts ist für die Schweiz ungleich grösser als für andere Länder. Die Menschen sehen kaum einen Reiz im Beitritt, da sie ausser dem Verlust an politischer Substanz und höheren Steuern (wegen der Funktion der Schweiz als Nettozahler) wenig erwarten dürfen, im Gegensatz zu den vielen beitriftswilligen Ländern, deren Einwohner vor allem einen höheren Lebensstandard anstreben.

IX.

Bevor ich wieder auf die politische Beitrittsperspektive zurückkomme, muss ich auf einige standortpolitisch relevante Mechanismen der EU eingehen. Gewiss ist die EU-Wirtschaftsverfassung marktwirtschaftlich strukturiert. Ich denke an die Wettbewerbspolitik, die Liberalisierung der Infrastrukturmärkte und die Umsetzung der Freizügigkeiten des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs. Es ist indessen nicht zu verkennen, dass dieses wettbewerblich gestaltete System immer wieder von Elementen anderer Denkrichtungen angereichert wird, vor allem im Fiskal- und Sozialbereich. Das eine ist der Harmonisierungswahn, welcher etwa im Steuerbereich zu mehr Sympathie für Steuerkartelle als für Steuerwettbewerb führt. Das andere ist der Druck der hochregulierten grossen Länder, den weniger regulierten liberaleren deren Wettbewerbsvorteile durch des Aufzwingen der eigenen Korsette zu reduzieren. In der Ökonomie nennt man das die "Strategy of raising rivals' cost". So hat die EU in den letzten zwanzig Jahren mehr als vierzig Richtlinien erlas-

sen, welche die Vertragsfreiheit am Arbeitsmarkt einschränken. Es würde zu weit führen, hier das EU-Aufgabenteilungssystem zu schildern, das auf weite Strecken zwischen Brüssel und den Hauptstädten konkurrierende statt klare Zuständigkeiten aufweist. Das lädt aber geradezu zu einer schleichenden Expansion der Einflussnahme der Zentrale ein, nicht zuletzt deshalb, weil schwache Regierungen die Lösung schwieriger Probleme gerne nach Brüssel delegieren. Diese auf Harmonisierung statt Konkurrenz ausgerichteten Mechanismen schwächen mit der Zeit Autonomie und Selbstverantwortung, und der für den Fortschritt so wichtige Wettbewerb der Systeme wird langsam abgewürgt. Deshalb fürchte ich, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Standortwettbewerb langfristig gefährdet ist, trotz des eindrucklichen Binnenmarktes. Ich will nicht verhehlen, dass natürlich auch bei uns politische Kräfte immer wieder auch in diese falsche Richtung wirken. Dass die Schweiz mit ihren erfolgreichen Standortfaktoren inmitten dieser EU auch als lästiger Störenfried empfunden wird, überrascht nicht.

X.

Ich möchte nun nochmals auf die Verschuldungskrise zurückkommen. Am 26. Oktober haben die Regierungschefs der Eurozone wichtige Entscheide gefällt, u.a. den sogenannten haircut von 50 Prozent für griechische Anleihen, die Beteiligung des Privatsektors, den Ausbau des EFSF und die Rekapitalisierung der europäischen Banken. Angesichts der Strukturen und Heterogenitäten der EU ist das eine beachtliche politische Leistung, vor der ich Respekt habe. Grundsätzlich ist dieser Weg als Krisenmassnahme vertretbar, auch wenn der Erfolg der Massnahmen von den Details abhängt, die noch lange nicht klar sind. Es ist daher mehr als zweifelhaft, ob diese Massnahmen die Probleme auf Dauer lösen. Unsere Fachleute halten etwa den haircut und die Rekapitalisierung der Banken für noch ungenügend und die Hebelung des EFSF erinnert fatal an strukturierte Produkte im Finanzsektor, die scharf zu kritisieren die Politik nicht müde wurde.

Aber das Beunruhigendste ist etwas anderes: Die eigentlichen Ursachen der Krise, nämlich die zerrütteten Staatsfinanzen und die fehlende Konkurrenzfähigkeit der am meisten verschuldeten Länder sowie die daraus resultierende Begrenzung der schieren Möglichkeit zur Sanierung dieser Staatsfinanzen sind alles andere beseitigt. Dazu kommt, dass die Schwerfälligkeit der politischen Prozesse auf die Ungeduld der Märkte prallt.

Ökonomen wiesen schon bei der Einführung des Euro darauf hin, dass die Eurozone die von Mundell formulierten Bedingungen für eine Einheitswährung nicht erfüllten. Vereinfacht gesagt braucht ein Währungsraum Mechanismen zum Ausgleich von Ungleichgewichten, etwa mobile Arbeitskräfte, Transfers und eine einheitliche Finanzpolitik. Alles das ist nur ungenügend gegeben. Dazu kommt die erwähnte fehlende Wettbewerbsfähigkeit gewisser Staaten, welche Ungleichgewichte nicht mehr durch Abwertungen korrigieren können. Dass diese Mängel bald korrigiert werden, ist nicht in Sicht. Gegen eine Zentralisierung (Stichworte europäische Wirtschaftsregierung und europäischer Finanzminister) gibt es Widerstand, die Mobilität wird nie sein wie in den USA und Transferunion ist zum Schimpfwort geworden (obwohl es sie schon gibt). Natürlich versuchen die unverbesserlichen Zentralisten auch diese Krise zur sogenannten "Vertiefung" zu nutzen. Ich halte diesen Weg für falsch, abgesehen davon, dass der Widerstand dagegen zu Recht steigt. Auch die Schweiz kennt keine einheitliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Gliedstaaten, wohl aber ausgeklügelte Transfers. Eine weitere Zentralisierung wird die schwachen Staaten Schritt für Schritt entmündigen und zu straff kontrollierten Befehlsempfängern degradieren und deren Selbstverantwortung abtöten. Es sieht auch nicht danach aus, dass die betroffenen Staaten die nötigen Deregulierungsschritte unternähmen, ohne welche eine zureichende Produktivitätserhöhung undenkbar ist. Ich bin sehr überzeugt, dass ein anderer Weg erfolgversprechender wäre. Er könnte aus 4 Elementen bestehen:

1. Ein gemäss strikten ökonomischen Anreizsystemen gestaltetes und nicht manipulierbares Transfersystem (Finanzausgleich) zum Ausgleich der stossendsten Unter-

schiede der Wirtschaftskraft. Zu grosse Wohlstandsunterschiede erträgt eine Gemeinschaft nicht. Das wäre eine Art "soziale Grundsicherung" zur Verbesserung der Ausgangslage der schwachen Staaten. Dabei dürften die Ausgleichszahlungen nicht zweckgebunden sein. Nur so werden Anreize geschaffen, die Probleme selbstverantwortlich zu lösen.

2. Über dieser "sozialen Grundsicherung" muss die reine Marktfinanzierung mittels risikoadäquat verzinsten Staatsanleihen spielen, und zwar mit vorbereiteten Schuldenrestrukturierungsregeln für den Fall der Zahlungsunfähigkeit als Sanktion. Die betroffenen Länder müssen wissen, dass ihnen niemand hilft. Die Märkte erzwingen dann über risikoadjustierte Zinsen die nötige Disziplin.
3. Gleichzeitig wären die Zuständigkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip klarer zu regeln, wichtige vergemeinschaftungsfreie Räume zu sichern, echte Konkurrenz zuzulassen und konkurrierende Zuständigkeiten zu eliminieren. Die Regelung des Entgelts von Flugverspätungen und die Vereinheitlichung von Roaming-Gebühren zum Erringen von Bürgersympathie für EU reicht nicht zur Schaffung nachhaltigen Vertrauens.
4. Die einzelnen Staaten müssen durch Reformen, durch Deregulierung von Arbeitsmärkten, durch Brechung verkrusteter wachstumsfeindlicher Strukturen und durch nachhaltige Finanzpolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Das kann nicht Brüssel lösen.

Mir ist bewusst, dass das Sandkastenspiele mit wenig Realisierungschancen sind. Und allfällige Ähnlichkeiten mit dem erfolgreichen politischen Labormodell Schweiz sind rein zufällig und nicht beabsichtigt.

Aus dem Gesagten ergibt sich für mich klar, dass die Schweiz bessere Standortbedingungen erhalten kann, wenn sie der EU nicht beiträgt, aber nur so lange, als sie einen hinreichenden Zugang zum Binnenmarkt hat. Diese Gratwanderung ist bisher durch die Bilateralen Verträge mit der EU gut gelungen. In der EU wird dieser Weg zunehmend als Rosinenpickerei kritisiert. Ich wehre mich vehement gegen diese Sicht, weil sie den Tatsachen nicht entspricht. Natürlich hilft wirtschaftlicher Austausch immer beiden Seiten. Aber die Schweiz bringt der EU wirtschaftlich enorm viel. Die EU kann in die Schweiz für 24 Milliarden Franken mehr exportieren als sie importiert. Über eine Million EU-Bürger leben und verdienen gut in der Schweiz. 230'000 Grenzgänger verdienen ihren Lohn täglich in der Schweiz. Die Schweizer Unternehmen beschäftigen in der EU 1.2 Millionen Angestellte. Ich habe im Geschäftsleben gelernt, dass man gute Kunden pflegt und nicht ständig kritisiert. Wirtschaftshistoriker sehen im historischen, technologischen und wirtschaftlichen Aufstieg Europas das Resultat des Systemwettbewerbs der vielen Europäischen Staaten, im Gegensatz etwa zum jahrhundertlang schlafenden China ohne diesen inneren Wettbewerb. Heute hat sich das seltsamerweise umgekehrt: Europa baut den Systemwettbewerb schrittweise ab, während der Einheitsstaat China mit den Sonderwirtschaftszonen als erfolgreiche Testgebiete diesen Wettbewerb gezielt einsetzt. Ich könnte mir als vielleicht etwas skurriles Gedankenexperiment vorstellen, dass eine Schweiz im chinesischen Raum weniger als Dorn im Fleisch, als zu pflegende Sonderwirtschaftszone gesehen würde, von der man lernt und profitiert.

XII.

Mit den bilateralen Verhandlungen ist es bisher gelungen, den Zugang zum europäischen Binnenmarkt fast auf EWR-Niveau zu sichern. Der bilaterale Weg war schon in der Anfangsphase viel schwieriger, als er heute scheint. Aber er wird noch schwieriger. Erstens nimmt mit wachsender EU die relative Bedeutung der Schweiz ab und damit auch die Lust, sich mit dem Sonderling zu befassen. Zweitens wird die EU interne Politik schwieriger und komplexer, und mit mehr Mitgliedsländern nimmt die Kompromisswilligkeit und -fähigkeit der kleinen Schweiz gegenüber ab. Drittens

kollidieren die Auffassungen über die Natur der Bilateralen miteinander. Während sie für die Schweiz statische völkerrechtliche Verträge sind, über deren Änderung beide Partner Einvernehmen erzielen müssen, empfindet sie die EU als dynamisch und sieht automatischen Anpassungsbedarf an das sich rasch entwickelnde EU-Recht. Der Marktzugang hat also einen Preis: Es wird erwartet, dass sich der Rechtsbestand der Bilateralen dynamisch gemäss EU-Recht entwickelt. Dazu kommt, dass wir, um den wirtschaftlichen Austausch zu erleichtern, dort freiwillig unser Recht anpassen, wo nicht für uns besonders wichtige Rechtsgüter auf dem Spiel stehen. Darin nun zeigt sich ein grosses Dilemma. Die mehr oder weniger freiwillige Rechtsanpassung ohne Mitsprache bei der Schaffung des EU-Rechts führt zu einer schleichenden Satellitisierung der Schweiz. Irgendeinmal ist ein Kippunkt erreicht, ab welchem die Mitgliedschaft würdiger als die relative Selbständigkeit ist. Die Frage ist, wann wir diesen Punkt erreichen.

Ich glaube nicht, dass dies heute schon der Fall ist. Gewiss, der Beitritt brächte auch Standortvorteile. Der Marktzugang würde auch für Dienstleistungen gewährt, und er wäre abgesichert. Heute befindet er sich in einem Dauerprovisorium, weil die Bilateralen kündbar sind und auch durch eigene politische Amokläufe wie etwa die Kündigung der Personenfreizügigkeit gefährdet werden. Weiter würde das Wechselkursproblem eliminiert. Allerdings sind die Nachteile vorderhand gewichtiger. Eine autonome Wirtschaftspolitik wäre wegen der vielen vergemeinschafteten Bereiche und der Zollunion unmöglich, auch eine autonome Währungspolitik. Die Flexibilität im Sozial- und Arbeitsmarktbereich würde eingeengt. In einigen Bereichen wäre Exzellenz schwieriger und Mittelmasse wahrscheinlicher. Aber die Vorteile unserer Eigenständigkeit können wir nur ausspielen, wenn wir das heutige Niveau des Zugangs zum Binnenmarkt halten und durch eine prononcierte Standortpolitik bei der Standortqualität in der globalen Spitzengruppe bleiben. Hüten müssen wir uns vor Eigentoren wie etwa die Initiative zur Einschränkung der Freizügigkeit oder die Minderinitiative.

XIII.

Ich möchte nun aus diesen Überlegungen 9 Folgerungen für unsere Wirtschafts- und Europapolitik ziehen.

1. Die Schweiz hat auf der Basis der direkten politischen Mitsprache des Volkes, des Föderalismus sowie des Schutzes von und Respekt vor Minderheiten eine identitätsstiftende politische Kultur entwickelt. Diese würde durch den EU-Beitritt geschwächt, ohne dass neue identitätsstiftende Faktoren ersichtlich würden. Das ist der Hauptgrund gegen einen Beitritt.
2. Als Nichtmitglied verfügt die Schweiz solange über einen global konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort, als sie die heutige Integrationstiefe in den EU-Binnenmarkt erhalten kann und als sie in permanenter politischer Anstrengung ihre Standortbedingungen à jour hält.
3. Der von der EU gewährte Zugang zum Binnenmarkt ist kein Gnadenertrag, sondern auch für die EU ein glänzendes Geschäft. Die These vom Rosinenpicker ist zurückzuweisen.
4. Künftige bilaterale Verhandlungen sind auf die Pflege unserer Integrationstiefe in den Binnenmarkt zu konzentrieren und zu begrenzen. Der Drang von Seiten der Politik und Verwaltung, in möglichst vielen Gärten auch noch unter den Bilateralen-Schirm zu kriechen, um gegebenenfalls an einen EU-Futtertrog zu gelangen, ist zu bekämpfen. Er bringt uns immer in die schwächere Position des Demandeurs und kompliziert die Dinge.
5. Dort, wo die EU ultimativ Forderungen an uns stellt, weil sie sich durch bessere Schweizer Rahmenbedingungen unfair konkurrenziert fühlt, ist das zu tun, was schon immer das Schicksal der kleinen Schweiz war: Eine kluge Mischung von Anpassung und Widerstand. Ein Rahmenabkommen mit automatischen dynamischen

schen Anpassungsmechanismen lehne ich ab. Ich bin wie gesagt eher für die Begrenzung unserer Wünsche gegenüber der EU.

6. Die eigenständige Übernahme von Rechtsgrundsätzen der EU dort, wo diese zweckmässig sind und unsere Standortbedingungen nicht verschlechtern, ist keineswegs ehrenrührig. Dieser autonome Nachvollzug begrenzt unsere Freiheit nicht grundsätzlich, denn man kann ihn ja unterlassen, wenn man bereit ist, die Folgen zu tragen.
7. Eine Stärke der Schweizer Wirtschaft ist die Diversifikation der Absatzmärkte. Wenn 59 Prozent der Exporte in die EU gehen, gehen eben 41 Prozent anderswohin. Diese Diversifikation muss zur Risikostreuung vorangetrieben werden. Deshalb haben die leider stockenden Liberalisierungsschritte der WTO erste Priorität. Aber als zweitbeste Lösung ist die schrittweise Erweiterung des Freihandelsvertragsnetzes zu begrüßen.
8. Der Alleingänger ist häufig einsam. Das muss er ertragen. Aber durch eine kluge aktive Aussenpolitik und die Beteiligung im Rahmen unserer Möglichkeiten an der Lösung der Probleme dieser Welt ist unser Ruf als solidarisches Mitglied der Völkerfamilie zu festigen. Dabei sind wohl überlegte Aktivitäten in internationalen Organisationen wichtig.
9. Die Zeiten wandeln sich. Es sind Umstände denkbar, welche den Beitritt plötzlich doch als notwendig oder unvermeidlich erscheinen lassen. Ich sehe 5 solche Umstände:
 1. Wenn die EU als gigantischer Partner uns zu schikanieren begänne, hätte das rasch schlimme Folgen für die Wirtschaft. Weil Wirtschaftsführer den Unternehmen verpflichtet und dadurch häufig opportunistisch sind, entstünde rasch politischer Druck Richtung Beitritt. Dieses Szenario ist unwahrscheinlich, so-

lange wir der EU ein zwar oft unbequemer, aber verlässlicher und konstruktiver Partner sind.

2. Beitrittsdruck entstünde sehr rasch, wenn es unserer Wirtschaft so schlecht ginge, dass die Schweiz nur im Beitritt Linderung sähe. In wirtschaftlicher Not verflüchtigen sich politische Prinzipien rasch. Dieses Szenario ist wahrscheinlich, wenn wir durch politische Fehler im Standortwettbewerb an Boden verlieren.
3. Sollten wir durch mutwillige politische Fehler, etwa die Kündigung der Personenfreizügigkeit, die bilateralen Verträge gefährden, könnte dies aus wirtschaftlichen Gründen den raschen Beitritt nötig machen. Damit würden ausgerechnet die vehementesten EU-Gegner den Beitritt verursachen. Deshalb empfinde ich solche politische Vorstösse als russisches Roulette.
4. Es ist auch denkbar, dass sich die EU unter dem Einfluss liberaler denkender Mitgliedsstaaten Richtung Dezentralisation und mehr Wettbewerb entwickelt. Es gibt ja neuerdings auch Stimmen, welche sogar ein Auseinanderbrechen der EU nicht als Desaster, sondern als Chance für Europa sehen. Dann könnten sich die wahren Stärken Europas, nämlich Wettbewerb, Vielfalt und Diversität, wieder voll entfalten. Zudem sei die wirtschaftliche Verflechtung so weit fortgeschritten, dass auch ohne EU Konflikte nicht mehr ausbrechen könnten.

Ich habe Zweifel, ob diese These realistisch wäre. Aber ein Europa, das zu unterschiedlichen Beitrittsintensitäten steht – Stichwort: Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten! – und den Staaten, die da wollen, mehr Freiräume belässt, könnte ich mir durchaus vorstellen. Dann fände vielleicht auch die Sonderwirtschaftszone Schweiz Platz!

5. Leider ist auch ein letztes Szenario nicht völlig undenkbar, nämlich der Zerfall unserer politischen Kultur: Desinteresse des Volks an politischen Entscheiden und an der Übernahme von Milizfunktionen; Degeneration der Kantone zu reinen Verwaltungsbezirken der Zentrale; Verlust der Konsensfindungsfähigkeit in der pluralistischen Umgebung und Verlust des Respekts von Minderheiten; Verlust des Interesses der Eliten am Staatswesen; Schwinden des Willens zur Willensnation: Dann würde der Beitritt logisch, und es wäre auch keinen Deut schade um die Schweiz!

Aber so weit ist es ja nicht. Das Schweizervolk hat über die letzten Jahrzehnte die Anpassung an neue Umfelder ohne Preisgabe der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Trümpfe immer wieder, manchmal auch unter Schmerzen, geschafft. Es ist nicht einzusehen, warum dies nicht auch künftig der Fall sein soll!
